

Beschluss

Wo bleibt das Klimageld? – Für sozial gerechten Klimaschutz!

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz Jena 02. bis 04. Februar 2024
Beschlussdatum: 03.02.2024
Tagesordnungspunkt: 9. Sonstige Anträge

Antragstext

1 Die Verteuerung fossiler Energie durch steigende CO₂-Preise ist angesichts der
2 Klimakrise notwendig. Es ist ein wichtiger Anreiz, damit wir auf moderne,
3 umweltschonende Technologien umsteigen und die Klimakrise eindämmen können.
4 Gleichzeitig braucht es aber auch einen sozialen Ausgleich.

5 Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, die gesamten Einnahmen aus dem
6 nationalen CO₂-Preis und dem Europäischen Emissionshandel (ETS) an die
7 Bürger*innen in Form eines Klimageldes zurückzugeben. Der Auszahlungsmechanismus
8 muss möglichst bald zur Verfügung stehen, damit die Auszahlung des Klimageldes
9 Anfang 2025 starten kann.

10 Die Preissteigerungen durch die Anhebung des CO₂-Preises und die steigenden
11 Preise des Europäischen Emissionshandels (ETS) treffen besonders mittlere und
12 untere Einkommenshaushalte. Die Heizkosten und das Tanken werden teurer und
13 belasten viele Mieter*innen, Beschäftigte und Verbraucher*innen.

14 Dabei sind es vor allem Menschen mit hohem Einkommen und Vermögen, die mit ihrem
15 teils exzessiven Lebensstil am meisten Treibhausgase ausstoßen und so die
16 Klimakrise am stärksten anheizen: Weil sie insgesamt mehr konsumieren, mehr Auto
17 fahren oder häufiger fliegen. Das reichste Prozent in Deutschland verursacht
18 durchschnittlich pro Kopf fünfzehn Mal so viele CO₂-Emissionen wie ein Mensch
19 aus der ärmeren Hälfte der Bevölkerung.

20 Die schnelle Einführung eines Klimageldes würde besonders die unteren und
21 mittleren Einkommen entlasten. Zugleich belohnt es diejenigen, die weniger CO₂
22 verursachen.

23 Das Klimageld sollte dabei nicht nur die Einnahmen aus dem CO₂-Preis der
24 kommenden Jahre an die Menschen zurückgeben, sondern auch in angemessenem Umfang
25 die der letzten Jahre. Dafür dürfen diese Einnahmen nicht für andere Maßnahmen,
26 wie beispielsweise Förderprogramme, genutzt werden. Das widerspricht dem
27 Anspruch des Klimageldes, eine sozial gerechte Ausgleichsmaßnahme zu sein.
28 Notwendige Investitionsförderungen für die klimaneutrale Transformation sollten
29 anderweitig aus dem Bundeshaushalt finanziert werden, notfalls auch durch
30 Kreditaufnahme.

31 Die Bundesregierung muss Wort halten und das Klimageld als sozialen
32 Ausgleichsmechanismus schnellstmöglich einführen. Nur so kann Klimaschutz sozial
33 gerecht und mit der notwendigen gesellschaftlichen Akzeptanz erreicht werden.

Begründung

- 34 Es es richtig, dass klimaschädliches Verhalten teurer wird.
- 35 Aber, dass Löcher im Haushalt durch Konsumsteuern gestopft werden, die vor allem
36 die untere Hälfte der Bevölkerung treffen, ist sozial ungerecht und führt dazu,
37 dass die Akzeptanz für Klimaschutz verloren geht.
- 38 Das Klimageld ist eine gute und wichtige Maßnahme. Daher muss es
39 schnellstmöglich umgesetzt werden. Es kann nicht sein, dass die Einnahmen aus
40 dem CO₂-Preis jetzt genutzt werden, um Löcher im Haushalt zu stopfen.